

Wir demonstrieren heute gegen die dumpfe Ausländerfeindlichkeit, die die AFD heute mit ihrer Kundgebung zeigt. Anlass ist der beabsichtigte Bau einer Moschee, der für jeden aufgeklärten Bürger eine Privatsache der Erbauer und deren gutes Recht und eine Sache des Baurechts sein sollte.

Was man von der DitiB und ihren Beziehungen zur Erdoganregierung halten kann, dazu gab es in den letzten Tagen genug richtige Äußerungen – dazu möchte ich jetzt nichts sagen, weil es nicht unser Thema ist.

Ich möchte etwas dazu sagen, welche Rolle die rassistische Hetze der AFD spielt. Die Papenburger CDU-Fraktion hat in ihrer Stellungnahme der AFD vorgeworfen, sie instrumentalisiere eine Bevölkerungsgruppe, um politische Aufmerksamkeit zu erzielen. Das ist zwar nicht falsch, aber zu kurz gegriffen und eine hilflose Interpretation.

In der Fokussierung auf die Hetze gegen ausländische Bürger ist die AFD ja nicht allein; wir hätten da ja auch aus anderen Parteien Brüder im Geiste anzubieten: den unseligen Sarrazin, den Oberbürgermeister von Tübingen Boris Palmer, sogar die Große Koalition, die ihr Innenministerium in ein Polizeiministerium mit dem Namen Heimatministerium umgewandelt hat. Sogar der FDP-Vorsitzende Lindner entwickelte Mitgeföhle für den Deutschen, der sich beim Bäcker in der Schlange nicht mehr wohl fühlen könne.

Aus der Geschichte wissen wir, dass Angriffe auf Minderheiten immer dazu dienen, ihnen als Sündenbock die Verantwortung für Missstände aufzubürden und alle Ängste auf diese zu lenken. Die Minderheit ist das Thema, das alle anderen Themen verdrängt, bis irgendwann jeder glaubt, sie sei das Problem. Der AFD-Vorsitzende Meuthen hat im gestrigen Interview mit der Ems-Zeitung nur über das „Ausländer/Immigranten-“Problem“ gesprochen.

Dabei drücken uns alle ganz andere Probleme: Alle haben das Gefühl, es laufe etwas falsch. Abstiegsängste, die Angst, irgendwann auf Hartz IV angewiesen zu sein, bringt die Menschen dazu, sich allen Zumutungen der Arbeitswelt zu beugen: unbezahlte Praktika, Probearbeit, Zeitverträge, Leiharbeit, Arbeit ohne Tariflohn, Arbeitsverdichtung usw. wie es vor 20 Jahren nicht denkbar war.

Die neoliberale Doktrin, dass alles vom Markt geregelt werden müsse, lässt alle Lebensäußerungen zu einer käuflichen Sache werden. Bildung ist keine Frage der Lebensqualität mehr, sondern des Marktwertes auf dem Arbeitsmarkt. Alles, was nicht marktfähig ist, ist nichts wert. Musik, Sport, Freizeit: alles hat einen verkaufsfähigen Marktwert.

Schulen, Autobahnen, Schwimmbäder, Wasserwerke, öffentliche Einrichtungen werden privatisiert. Der Zahnstatus sagt heute – anders als vor 30 Jahren – etwas über die Höhe des Verdienstes aus. Das Gesundheitswesen ist heute ein Geschäftsfeld.

Alle diese Entwicklungen machen das Leben des Einzelnen unsicherer. Diesen Druck spüren wir alle in unterschiedlicher Weise – Arme spüren den Druck deutlicher.

Und wir können scheinbar nichts dagegen machen, weil die Realpolitiker unseres Landes in jeder Entscheidung gegen die Menschen für die Exekution der neoliberalen Doktrin stimmen. Und wenn es gerade passt, delegieren sie die Verantwortung an undurchsichtige Strukturen, wie die EU.

Oder aber sie verlassen sich auf die AFD, die mit ihrer Dumpfbackigkeit den **Einen** die idealen Sündenböcke präsentiert und die **Anderen** mit der Abwehr der Dumpfbackigkeit beschäftigt.

Wer wirklich etwas gegen die AFD machen will, sollte sich jedesmal erschrecken, wenn er in den Nachrichten wieder von einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hört, die wieder einen neuen Vorschlag bringt, wie ein sicher geglaubtes öffentliches Gut gewinnbringend an den Markt und die Konzerne gebracht werden kann. Wieder wird das Leben unsicherer gemacht. Wieder wird Wasser auf die Mühlen der AFD gegossen und die Solidarität auf dem Altar des Marktes geopfert.

Die politischen Forderungen und die Argumentation der AfD fördern Entsolidarisierung und die Spaltung der Gesellschaft. Soziale, rassistische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert.

Deshalb brauchen wir eine Politik, die Solidarität zwischen den Menschen fördert, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Jungen und Alten, zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Eine solidarische Politik für die Menschen ist die beste Politik gegen die AFD.